u-asta info*
*offizielles organ des unabhängigen allgemeinen studierendenausschusses der uni freiburg

750

verbal combat

ein fernduell

editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Wer sich in den lokalen Fernsehprogrammen umschaut, wird bereits bemerkt haben, daß die närrischen Zeiten auf ihren Höhepunkt zusteuern. An bald jedem Wochenende trifft sich eine um die andere närrische Zunft in einem anderen kleinen Städtchen, das über eine ganz lange Fasnetstradition verfügt.

Im großen Freiburg, der weltoffenen, exzellenten Universitätsstadt, bemerkt man davon – wohl zur Freude vieler Studierender – wenig. So schreiben die Pharmazeuten noch am Freitag nach dem Schmotzigen Dunschtig Klausuren.

Aber zum Ausgleich kommen andere lustige Figuren nach Freiburg, zumal in Zeiten bald anstehender Landtagswahlen. So haben uns mit **Ute Vogt und Annette Schavan** zwei landespolitische Größen besucht. Ein Vergleich ihrer Büttenreden auf den **Seiten 4 und 5**.

„Bekanntlich sind diejenigen am innovativsten, die […] die Tradition, aus der sie kommen, nicht einfach vergessen", hat Frau Schavan gesagt. Vielleicht sollte die Pharmazeuten mal jemand über die süddeutschen Traditionen aufklären, um allzu uninnovative Klausurergebnisse zu vermeiden. Sonst wird das nix mit der Exzellenzuni!

Unseren Beitrag zu und über närrisch-sinnfreie Zeiten findet ihr auf S. 3. und nun viel Spaß beim Lesen unserer exzellenten Ausgabe Nr. 750 und

Narri! Narro!

Euer Hermann

inhalt

schwerpunkt

Ute vs. Annette (S. 4-5):
Hermann war bei zwei politischen Veranstaltungen.

Prüfstein (S. 6-7):
Wer wählen will, muß sich entscheiden können. Wir geben Hilfestellung.

thema

Sinnfreies über Handtaschen, Bunthaarige und Kriegerwitwen in der Tram (S. 3):
Georg tramte und schildert seine Eindrücke.

HIB informiert (S. 7):
Das Leiden hat kein Ende. Das HIB hilft bei strittigen Fragen zum Arbeitsrecht.

Neues vom AK Datenschutz (S. 8):
Der AK Datenschutz warnt vor Schindluder mit der Unicard.

Propaganda Spam (S. 8):
Minister Frankenberg hat Mails verschickt, um die Sache mit den Gebühren zu erklären. Daniele erklärt uns, wie der das gemacht hat.

Rumble in the banlieu (S. 9):
Das Referat Ideologiekritik reflektiert über die Proteste in Frankreich.

Der Vorstand packt aus (S. 10):
Felix, Anna und Lukas berichten, was der u-asta Vorstand in den vergangenen Wochen getan hat.

service&termine

Die Termine für die gesamten Semesterferien ab **S. 11**.

stud.live

Im Leben eines Geschichtsstudenten tauchen in regelmäßigen Abständen kleine skurrile Zitate auf, die man sich dann unbedingt merken will, um sie als Anekdote auf der nächsten Party zum Besten zu geben. Unglücklicherweise kommt es hierbei oft zu dem „den-muss-ich-mir-merken-Syndrom", das schon von Witzen hinreichend bekannt ist und sofortiges Vergessen einleitet. In einem Geschichtsseminar sprachen wir neulich über die Österreicher und ihren Versuch, so viele berühmte Personen der Vergangenheit wie möglich als einen der ihren auszugeben. Um nochmal ein oft strapaziertes Beispiel zu bemühen, sei hier Wolfgang Amadeus Mozart genannt, über dessen Nationalität sich Österreich und Deutschland immer noch Grabenkämpfe liefern. Bei ihren postmortalen Einbürgerungsversuchen vergessen die Österreicher allerdings gerne einen kleinen schwarzhaarigen Schnauzbart aus Braunau am Inn. Konrad Adenauer soll dazu sinngemäß gesagt haben: „Sollten die Österreicher eines Tages Wiedergutmachung fordern, suche ich höchstpersönlich die Urne und schicke sie ihnen zu." Nett ist auch das Zitat, das von Winston Churchill über seinen Nachfolger Clement Atlee überliefert ist, nämlich, „dass ein leeres Taxi vorfuhr und Atlee ausstieg." Vom selben stammt auch der Ausspruch: „Sollte Hitler in der Hölle einmarschieren, werde ich im Unterhaus selbst dem Satan noch ein Kompliment machen." Aus einer ganz anderen Kategorie ist das Werner-von-Siemens-Zitat, das eher dem Leben eines Chemiestudenten entnommen ist: „Es kommt nicht darauf an, mit dem Kopf durch die Wand zu gehen, sondern mit den Augen die Tür zu finden." Nun, der Herr Siemens war eben doch ein Rationalist. Zum Abschluss noch eine kleine Sentenz, die zwar keine Aufenthaltsgenehmigung im Fachbereich Geschichte bekommen würde, aber trotzdem Erwähnung finden sollte. „Glück ist der Stuhl, der plötzlich dasteht, als man sich gerade zwischen zwei andere setzen wollte."

Jonatan Cohen

sinnfreies über handtaschen, bunthaarige und kriegerwitwen in der tram

Neulich habe ich gelesen, dass 43 Prozent aller Statistiken völliger Blödsinn sind. Nichtsdestotrotz besagt eine Studie, wer abends zu viel isst, der kann die Nacht und den dazugehörigen nächsten Tag gleich in die Tonne treten. Ich habe versucht, meine Ernährung umzustellen, aber es hat sich bei mir eher auf den unnutzen Merksatz eingependelt: Gestern Abend werde ich nicht viel essen. Allerdings muss man manchmal nach einer solch bauchgrimmigen Nacht trotzdem morgens raus. Und das geht natürlich am besten mit Deutschlands angesehenster Volksdroge nach Bier, Koks und Zigaretten: dem guten alten Kaffee. Der ist natürlich ungesund und ich mag ihn nicht, aber es gibt Dinge, bei denen ich nicht mit mir spaßen lasse. Ich habe nun mal diese Punktekarte beim Bäcker angefangen und ich will den verdammten elften Kaffee umsonst! Wieso gibt es eigentlich keine Bier-Punktekarte?

der kriegerwitwen bester freund

Ich war also mit der Tram auf dem morgendlichen Weg zu Kaffee Nummer sieben. Da ich in Littenweiler weile, geht das natürlich nicht PH-neutral vonstatten. Das frauenfeindlich Gute darin ist selbstverständlich der große Anteil des bevorzugten Geschlechts an gemeinter Hochschule. Man guckt sich die Handtäschchen also an und grübelt. Im Nu hatte ich eine Dame endadoleszentischen Alters ausgemacht. Nachdem der erste gute Eindruck relativiert war – sie war so scharf wie ein Tictac, eben nicht besonders, aber man lutscht es halt trotzdem – hatte sie in Handumdrehen den bröckelnden positiven Gesamteindruck zerstört: Sie las Harry Potter und so haben wir uns schließlich das Nein-Wort gegeben.

Es müsste mal eine Statistik zu den Lesepräferenzen von S-Bahn-Fahrern geben! Ich mache mich ans Werk und strichliste. Henning Mankell: 3; J.K. Rowling: 2; und uääh Jane Austen: 1. Auf diesen Schock erst mal ein Käsebrot, einen Zauberspruch und eine effektvolle Ohnmacht!

Weitere inhärente Beobachtungen der Tram sind die armen verstörten Viecher von rebellösen Bunthaarigen. Ich meine damit keineswegs die mikroskopisch kleinen Juckenden, sondern die angeleinten Triefäugigen mit dem sichtbar großen Genpool. Auch wenn sie in vier- und zweibeinigen Rudeln vorm „Aspekt“ rumhängen, frage ich mich immer, von welch verbotenen Hundekuchen diese armen Geschöpfe wohl im Paradies genascht haben?

Doch in der Tram gibt es nicht nur vierbeinige Halbtote, sondern auch keinbeinige (entbeinte) Ganztote aus der Familie der Marderartigen. Diese armen Racker brauchen ihre Pfoten aber auch nicht mehr, denn vorbildliche Kriegerwitwen haben sich ihrer erbarmt und tragen sie ochsenjochig über den Schultern. Als Gegenleistung bieten die Nerze den Trägerinnen mümmelnde Wärme – davon wird deren kaltes Herz zumindest vor Auskühlung geschützt und hält die durchschnittlichen minus 128 Grad Celsius. Ich habe mir vorgenommen, meinen Sitzplatz nur noch Gebrechlichen anzubieten, die nicht bepelzt sind. Das mag jetzt asozial klingen, aber zu mir ist die Welt ja auch nicht nett – und zu den Nerzen erst recht nicht! Das ist mein ganz persönlicher passiver Tierschutz. Aktiv gestaltet der sich in diesem Fall und hier an diesem Ort eher schwierig, denn wenn man der Kriegerwitwe deswegen eine Szene macht, ist das wie wenn man den beinamputierten Bettler in der KaJo vor den Gefahren des Rauchens warnen will.

Neben mir sitzt eine ältere Frau, die konfus in einer Alzheimer-Broschüre blättert – sie blättert immer wieder auf Seite Eins zurück … Wie ist das eigentlich mit den Sitzplätzen der Zukunft? Aufgrund des demografischen Wandels müsste es ja in ein paar Jahrzehnten akuten Sitzplatzmangel für Sitzplatzjunkies geben. Gibt es dann Sitzplatzverbot für Jugendliche? Betuchtere würden dann sicher Sitzplatzgebühren bezahlen – ja GEZ noch?

Mittlerweile ist eine junggebliebene Altgewordene eingestiegen – schätzungsweise Ende vierzig. Da sie kein Kriegerwitwenochsenjoch trägt, begehe ich den Fehler und biete ihr meinen Platz an – empört/pikiert/entsetzt schüttelt sie den Kopf und verneint somit mein Angebot. Ist es eine Beleidigung, einer Vierzigerin den Platz anzubieten? Ich fürchte, ich habe ihr den Tag versaut. Wie ich mir, so ich dir.

An dieser Stelle steige ich aus und bin also kurz davor, Kaffee Nummer sieben runter- und anschließend wieder raufzuwürgen. Gestern Abend soll man nicht viel essen. Selbstgefällig nickend, wie Wackeldackel Jäger beim Schavan-Vortrag, werde ich mir bewusst: Es gibt drei Sorten von Menschen. Jene, die bis drei zählen können, und jene, die das nicht schaffen.

GEORG WOLF

[Haben auch Sie sinnfreie Fragen oder Antworten? georg-wolf@gmx.net]

ute vs annette

Kämpferisch trat sie auf – und das war wohl ihr bester Trumpf an diesem Abend. Ute Vogt, aus dem fernen Bundesinnenministerium zurückgekehrt in ihr Heimatländle, schickt sich an, die nächste Ministerpräsidentin Baden-Württembergs zu werden. Auf ihrer Tour de Ländle durfte auch Freiburg nicht fehlen und so kam sie am 31. Januar ins Jazzhaus.

Beschwingte Klänge einer Jazzkapelle begrüßten den informationshungrigen Besucher. Bevor der Star des Abends auftrat, wurde aber noch der wohl obligatorische Propagandafilm gezeigt: So erfuhren wir, dass Oettinger auch mit Dr. Oetker verwechselt werden kann und dass Ute Vogt in der Politik gern gesehen ist, weil sie als junge, dynamische Frau quasi eine Ausnahmeerscheinung sei. Was für ein Erkenntnisgewinn!

in trauter zweisamkeit

Stärkere Argumente wurden dann doch noch hörbar, als die Kandidatin selbst die Bühne betrat. Oettinger, so Vogt, sei wie ein Autofahrer, dessen Mitfahrer mal nach vorn und mal zurück wollten: Er bleibe am liebsten bei Erreichtem stehen, deshalb müsse man ihm helfen auszusteigen. Wenn man wirklich über vierzig weniger leistungsfähig sei und daher niedrigere Löhne in dieser Altersstufe gerechtfertigt seien, wie Oettinger behaupte, so solle er doch auch auf-hören, da er schon weit über vierzig sei.

Vogt will nach vorn. Nicht nur im Auto, auch im Land. Darum setzt sie darauf, Arbeitsplätze zu erhalten bzw. zu schaffen und die Jugend gut auszubilden. Bildung müsse aber schon im Kindergarten beginnen und in Ganztagsschulen fortgesetzt werden, in denen am Nachmittag nicht die zu entlastenden Mütter für das Programm sorgen, sondern das Lehrpersonal. Nicht dass das nicht zu schätzen wäre, aber irgendwie hat man das doch schon öfters aus verschiedenen Parteien ohne spürbare Effekte gehört. Außerdem will Vogt in der Wirtschaft das Bewusstsein dahingehend ändern, daß sich die Arbeitgeber wieder bewusst werden, daß sie für die Existenzgrundlage der Arbeitnehmer und ihrer Familien – ein ausreichendes Einkommen – verantwortlich sind und nicht nur dem shareholdervalue.Wenn sie sich damit mal nicht übernimmt …

Als zweiten Schwerpunkt an diesem Abend hatte sie sich die umweltfreundliche Energieerzeugung gesetzt, die die SPD schon im Programm gehabt habe, als es die Grünen noch gar nicht gab. Erst das erstaunte Raunen, das durch's Publikum ging, machte Frau Vogt auf diesen kleinen Fauxpas aufmerksam, woraufhin sie nicht genug beteuern konnte, dass man natürlich um jeden Mitstreiter in dieser Sache froh sei.

Den Mitstreiter fand sie auch in ihrem Gast Josef Pesch, Geschäftsführer der Freiburger Solar-Fördergesellschaft fesa, der in seinen ermüdend langen Beiträgen nicht nur von der Notwendigkeit des Atomausstiegs und den positiven Effekten auf die heimische Wirtschaft durch die Anregung zur Investition sprach, sondern sich auch für nachlaufende Studiengebühren stark machte. Der zweite Diskutant Felix Wittenzellner, u-asta-Vorstandsmitglied und als Bildungsexperte geladen, widersprach dem kurz und klar, indem er auf die soziale Selektivität und die Frage nach dem tatsächlichen Verbleib des Geldes hinwies. Ute Vogt schilderte die eigene Erfahrung, daß Nichtakademiker ihre Kinder lieber in eine bezahlte Ausbildung schicken als in ein Bezahlstudium, so daß Studiengebühren ein Studium noch abschreckender machen. Auch versprach sie die Wiedereinführung der Verfaßten Studierendenschaft in Baden-Württemberg. Wieviel ein etwaiger Koalitionsvertrag davon übrig läßt, bleibt abzuwarten.

In der anschließenden Fragerunde des Publikums blieb noch festzustellen, daß auch eine neue Ministerpräsidentin kein Nikolaus sei, der nun nach dem Gießkannenprinzip Gelder verteilen könne. So sollen die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung in den Schuldenabbau fließen, die Streichung der Eigenheimzulage für die Finanzierung der Ganztagsschulen und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hergenommen werden.

Den Schwerpunkt Bildung hat sich auch ein zweites politisches Leichtgewicht für seine Karriere gesetzt: Bundesbildungsministerin Annette Schavan, die am vergangenen Donnerstag im Audimax zum Thema „Herausforderungen und Perspektiven der Bildungs- und Forschungspolitik“ sprach. Natürlich durfte hier ein Grußwort des Rektors nicht fehlen: kindlich freute er sich, daß der Vortrag, der eigentlich anlässlich seines

Geburtstags im Oktober stattfinden sollte, nun am Geburtstag seiner Frau gehalten wurde. Schavan bedankte sich postwendend mit wiederholten Danksagungen, daß Jäger der Albert-Ludwigs-Universität weiterhin als kompetenter Rektor zur Verfügung stehe, bei dem sie sich auch in Zukunft Rat holen werde.

Nach all den Lobhudeleien ging es dann in medias res: Die Leitlinien schavanscher Politik in den nächsten Jahren wird die Talentförderung sein, denn „ein Land, das seine Talente nicht fördert, fördert auch seine Benachteiligten nicht“. Klingt logisch, aber es klingt eben auch nur so. Auch Schavan ist kein Nikolaus, will also lieber „150 Töpfe auf 50 reduzieren“ und in die Spitzenleistungen investieren, die dann die breite Masse mit nach oben ziehen sollen. Noch eine Viertelstunde vorher sagte dieselbe Ministerin, daß Baden-Württemberg heute so gut da steht, weil alle Regionen und Bereiche gleichmäßig gefördert und dadurch langfristige Perspektiven eröffnet wurden. Wie dies nun zusammenpassen soll, wurde allerdings auch in der anschließenden Diskussion nicht geklärt.

in trauter zweisamkeit

In der Diskussion meldeten sich dann zuerst die unzufriedenen Studierenden zu Wort, die schon während des Vortrags durch ironisierendes Beklatschen und Bejubeln auf Widersprüche aufmerksam zu machen versuchten. Damit befanden sie sich in guter Gesellschaft, hatte doch auch Rektor Jäger, dem es sichtlich an Beifall für die Ministerin fehlte, die vorderen Reihen desöfteren zum Klatschen animieren wollen, was aber nicht so recht gelingen wollte und den Rektor etwas verloren aussehen ließ.

Die oft strapazierte „Exzellenz“, die nach dem Willen der Berliner Koalition mit zusätzlichen Fördermitteln verbunden werden soll, wurde denn auch hinterfragt: Ob es dann nicht den Effekt geben würde, daß die reichen Universitäten, die sich Exzellenz leisten können, immer reicher werde, die anderen aber mit ihren knappen Mitteln alleine gelassen würden? Ein klares Nein war hier nicht zu hören, vielmehr wurde von Schavan darauf verwiesen, daß die deutschen Umverteilungssysteme bisher weder zu Gerechtigkeit noch zu Vergleichbarkeit geführt hätten. Außerdem führten nicht Gelder, sondern langfristige Entwicklungsstrategien die einzelnen Standorte zum Erfolg. Zielvereinbarungen mit den Hochschulen sollen zukünftig solche Strategien festlegen, deren Erreichen oder Nichterreichen dann über zusätzliche Zuwendungen oder die Kürzung des Etats entscheidet. Hier wird deutlich, was die Ministerin mit „gezieltem Zugang zur Wissenschaft“ meint: Der Staat handelt mit den Hochschulen aus, was gebraucht wird (z.B. „90 000 Naturwissenschaftler und Ingenieure“), und macht davon den Geldfluß abhängig.

Geisteswissenschaften und Grundlagenforschung haben natürlich weiterhin ihre Daseinsberechtigung und ihren Platz in der Uni. Die starke Bewertung der Naturwissenschaften bei der Exzellenzinitiative sei nur die erste Runde gewesen, weitere anders bewertete sollen folgen. Im übrigen sollten sich die Geisteswissenschaften nicht länger abschotten und mehr interdisziplinär mit den Naturwissenschaften zusammenarbeiten. Genauso wie alle Studierenden sich des Privilegs, studieren zu dürfen, bewusst sein sollen. Hier kassierte Annette Schavan starken Applaus, was erneut auf das negative Image der Studierenden in der Öffentlichkeit hinweist.

Auf die Frage eines Studenten, wie sie zur Verfaßten Studierendenschaft stehe, fragte die Ministerin erst einmal zurück: „Wie es mit Ihnen steht?“ und erging sich dann in allgemeinen Klauseln, daß studentische Mitbestimmung gut universitätsintern geregelt werden könne und daß dies auch die Pflicht, Verantwortung zu tragen, mit sich bringe. Daß sie mit solchen Aussagen diejenigen außer acht läßt, die sich für studentische Interessen einbringen, ist man als studentischer Interessenvertreter ja schon gewohnt, aber daß eine langjährige baden-württembergische Bildungsministerin nicht weiß, was eine Verfasste Studierendenschaft ist und daß wir diese hier im Ländle nicht haben, läßt doch tief blicken. Immerhin muß sie sich in Berlin nicht mehr mit solchen länderspezifischen Details herumschlagen.

Ob das Land das versprochene Stipendiensystem nun auch aufbaue, handelte die leicht erkältete Bundesbildungsministerin mit dem Verweis auf die Kreditmodelle staatlicher und privater Banken schnell ab. Der Markt würde das schon regeln. Ihr den Unterschied zwischen Stipendium und Kredit zu erklären, war dann nicht mehr möglich.

Überzeugt haben weder Schavan noch Vogt. Bedeutet das nun die Zementierung der gewohnten Verhältnisse im Ländle? Am Abend des 26. März werden wir mehr wissen …

HERMANN J. SCHMEH

[Hermann überlegt sich noch, wo in der Politik er lieber wäre: am Podium daherredend oder rektormäßig in der ersten Reihe als Claqueur.]

prüfstein

Das Leben eines jeden Studierenden ist andauernd von einem Zwang gekennzeichnet, sich für irgendetwas zu entscheiden. Das können immens bedeutende Entscheidungen sein, wie die Wahl der Kurse, aber auch vermeintlich banale, wie die des Essens in der Mensa. Selten sind ja kulinarisch so elegante Lösungen gefunden worden, wie bei der Fusion von Keks und Schokolade. In der Mensa nun kann, wer zwischen Schnellem Teller und Essen 2 hin- und hergerissen ist, am Büffet sein eigenes Menü komponieren. Ob die richtige Wahl getroffen wurde, kann nie absolut sicher beantwortet werden. Meist bleibt ob der Zweifel ein flaues Gefühl in der Magengegend zurück, aber immerhin hat man ja schon am nächsten Tag die Gelegenheit, einen neuen Versuch zu unternehmen.

In der Landespolitik ist das anders. Dort kann man als Studierender nur alle fünf Jahre seine Stimme abgeben, und auch dies sollte wohl überlegt sein. Schließlich ist das Risiko größer, dass die Bauchschmerzen länger andauern. Damit es nicht zu chronischem Unwohlsein kommt und die Entscheidung so eindeutig wie möglich ist, bietet der folgende Wahlprüfstein einen Überblick über die Standpunkte verschiedener Parteien. Aus diesem Grund haben wir den RCDS, die JuSos, die JuLis, Die Linke und die Grüne Jugend um eine Stellungnahme zu den wichtigsten hochschulpolitischen Themen – Studiengebühren, Verfasste Studierendenschaften, Bachelor/Master, Exzellenzinitiative – gebeten. Mit Ausnahme der beiden letztgenannten haben uns auch alle dankenswerterweise zurück-geschrieben. Es sei an dieser Stelle nochmals klargestellt, dass es sich bei diesen Hochschulgruppen um unabhängige Gruppierungen handelt, die den Parteien höchstens nahestehen.

Am 26. März bist du dran: Dann kannst du entscheiden, ob die Schokolade bitter oder süß wird.

die fragen im wortlaut

RCDS Projekt Zukunft.

1. Studiengebühren zum Sommersemester 2007 sind beschlossene Sache. Stimmen außer- und innerhalb des Landtags halten eine Finanzierung wie bisher über Steuereinnahmen für gerechter. Wie also soll eine gerechte Hochschulfinanzierung in Zukunft aussehen?	1. CDU und FDP scheinen mit ihrem Gesetz ja ganz zufrieden zu sein; wir im Großen und Ganzen auch. Jedoch fordern wir das Modell nachlaufender Studiengebühren, da die Verzinsung der gewährten Darlehen ungerechterweise ärmere Studenten schwerer belastet als diejenigen, die die Studiengebühren sofort begleichen. Außerdem ist nicht einzusehen, weshalb die Freistellung von der Gebühr für Behinderte oder Studenten mit Kind oder aus kinderreichen Familien nicht vorbehaltlos gewährt wird. Diese Kritik haben wir auch an die hiesigen CDU-Vertreter im Landtag weitergeleitet. Sie ist auch auf unserer Homepage www.rcds-freiburg.de einsehbar.
2. Das Bundesverfassungsgericht hält eine Wiedereinführung Verfasster Studierendenschaften in Baden-Württemberg nicht für nötig, da die Studierenden auch so ganz gut vertreten seien. Die Studierendenvertreter klagen über ihre eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten. Was hält eure Partei von der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft?	2. Die CDU hält davon nichts. Auch wir halten nichts von öffentlichen Zwangskörperschaften ohne hinreichende Rechtfertigung. Wir wollen dagegen den AStA als demokratisch legitimierte Studierendenvertretung mit einem hochschulpolitischen Mandat ausgestattet wissen. Auch dieses Anliegen wurde vom RCDS an die Landesregierung weitergeleitet.
3. Vereinheitlichung des europäischen Hochschulraums, bessere Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse, effizientere und bessere Universitätsausbildung: Vieles versprach man sich von der Einführung des Bachelors bzw. Masters. Kritik wurde vor allem an der (zu?) schnellen Umsetzung geübt. Erfüllt die Umstellung auf Bachelor-/Master-Studiengänge die Erwartungen, die in sie gesetzt wurden?	3. Grundsätzlich muss man für eine sachgemäße Bewertung noch abwarten, bis ein größeres Maß an Erfahrungen mit dem neuen System vorliegt. Manche Probleme, die es jetzt möglicherweise noch gibt, werden sich dann gelegt haben. Gerade im Bereich der Naturwissenschaften ist die Umstellung ein gelungenes Projekt. Im Bereich der Geisteswissenschaften allerdings ist zu überprüfen, inwieweit die neuen Studiengänge mit dem übereinstimmen, was Universität eigentlich ist.
4. Vier von zehn der „exzellenten“ Hochschulen stehen in Baden-Württemberg. Wird sich die gezielte Spitzenförderung positiv oder negativ auf die Forschungslandschaft hierzulande auswirken?	4. Dass sich gerade hierzulande die Förderung positiv auswirken wird, steht wohl angesichts der großen Zahl künftig zusätzlich geförderter Universitäten außer Frage. Damit wird sich die bereits sehr gute Qualität der Hochschulen in Baden-Württemberg weiter verbessern – und zwar sowohl die Qualität derjenigen Hochschulen, die bereits jetzt gefördert werden, als auch derjenigen, die nicht direkt zusätzlich gefördert werden, aber sich durchaus in manchem Punkt andere Hochschulen zum Vorbild nehmen können sowie von einer selbstbewussten Grundstimmung für die Wissenschaft in Baden-Württemberg profitieren.

Juso Hochschulgruppe Freiburg
www.juso-hsg-freiburg.de

1. Die SPD lehnt Studiengebühren für das Erststudium (dies beinhaltet konsekutive Masterstudiengänge) ab, da diese nicht vereinbar sind mit einer gerechten Bildungspolitik, zu der jeder Mensch freien Zugang haben muss, unabhängig von seinem sozialen Status. Ziel der SPD ist es außerdem, den Anteil der Studierenden eines Jahrgangs dauerhaft auf den OECD-Durchschnitt von 30% zu steigern. Deshalb wird die SPD das Studiengebührengesetz wieder zurücknehmen. Darüber hinaus setzt sich die Juso-Hochschulgruppe mit Nachdruck dafür ein, dass das Studium generell gebührenfrei sein soll.

2. Die SPD steht für die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft mit allgemeinpolitischem Mandat – ein Ziel, das die Juso-Hochschulgruppe selbstverständlich teilt.

3. Die SPD sieht den Bologna-Prozess als große Chance für einen integrierteren europäischen Bildungsraum an. Allerdings besteht erheblicher Verbesserungsbedarf bei der konkreten Umsetzung, z.B. bei der Betreuungsrelation. Die Juso-Hochschulgruppe betrachtet vor allem die geplante Übergangsquote vom Bachelor zum Master als ungerecht, da sie nicht allen Studierenden die Möglichkeit zu einem weiterführenden Studium gewährt.

4. Die SPD verspricht sich von der Exzellenzinitiative eine Förderung der Spitzenforschung, die Deutschland auch als Wissenschaftsstandort attraktiver machen soll. Dies kann allerdings nur ein erster Schritt hin zu einer Verbesserung der Forschungslandschaft sein. Notwendig ist vor allem ein Finanzierungsprogramm, das Forschung und Lehre an allen Hochschulen fördert und somit verhindert, dass einige „Elite-Unis“ auf Kosten des Großteils der anderen Universitäten finanziell unterstützt werden.

JULIS Junge Liberale Hochschulgruppe

1. Die FDP sieht Bildung als Kernaufgabe des Staates. Entsprechend muss der Staat Steuermittel für die Hochschulfinanzierung zur Verfügung stellen. Darüber hinaus ist eine Eigenbeteiligung der Studierenden gerecht, da diese durch ihr Studium unmittelbar persönlich profitieren. Die Eigenbeteiligung muss jedoch so gestaltet sein, dass niemand dadurch abgehalten wird, ein Studium aufzunehmen. Die FDP hat dafür ein Modell nachlaufender Studiengebühren entwickelt. Wir als Junge Liberale Hochschulgruppe bedauern, dass dieses Modell nur ansatzweise im neuen Landeshochschulgesetz umgesetzt wurde.

2. Dazu trifft die FDP in ihrem Wahlprogramm keine Aussage. Wir halten echte Mitbestimmungsrechte für dringend geboten, spätestens seit der Einführung von Studiengebühren: Wer Entgelte zur Finanzierung der Studienkosten bezahlt, muss mitbestimmen können. Idealerweise hätte eine Regelung hierzu zeitgleich mit dem neuen LHG realisiert werden müssen. Dies nachzuholen ist unser zentrales Anliegen.

3. Die FDP unterstützt die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge. Zugleich muss aber sichergestellt werden, dass die Qualität der Ausbildung nicht unter der verkürzten Studiendauer leidet. Derzeit kann noch nicht festgestellt werden, ob die Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse die erhofften Veränderungen mit sich bringt. Entscheidend dafür ist auch, inwieweit die Hochschulen ausreichend Gestaltungsfreiheit bekommen, um eigene Studienkonzepte zu entwickeln.

4. Die Erfolge der Hochschulen in Baden-Württemberg sieht die FDP als Ergebnis der eingeleiteten Reformen für mehr Autonomie und Wettbewerb, die von den Liberalen maßgeblich geprägt wurden. Neben der allgemeinen Notwendigkeit der verstärken Forschungsförderung ist auch eine gezielte Förderung von Spitzenforschung sinnvoll. So können vorhandene Potentiale besser genutzt werden. Zudem profitiert davon das Ansehen des Forschungsstandortes Baden-Württemberg sowie die gesamte Wirtschaft.

Offene Rechnungen

Die Anzeige in der Zypresse klang vielversprechend: „Nebenher Geld verdienen, Studenten für Forschungstätigkeit gesucht“. Julia rief die angegebene Nummer an und stellte sich am nächsten Tag bei einem Institut für Meinungsumfragen vor. Es ging um das Auswerten von Fragebögen, stundenweise Bezahlung, freiberuflich auf Honorarbasis, bei relativ freier Zeiteinteilung. Neben dem stressigen Medizinstudium genau das Richtige für Julia. Die Arbeit war zwar öde, dafür war aber das Honorar in Ordnung. Das Statistik-Programm war gewöhnungsbedürftig, doch nach zwei Tagen hatte sie den Dreh raus. Ihr Auftraggeber war zufrieden. Brav wertete Julia Fragebogen um Fragebogen aus und brav schrieb Julia für Februar und März ihre Rechnungen und schickte sie an die Buchhaltung des Instituts. Geld hat Julia aber nie bekommen. Von der Buchhaltung und ihrem damaligen Auftraggeber erhielt sie immer nur ausweichende Antworten. Rund 50 Stunden Arbeit in den Sand gesetzt. Julia hatte die Schnauze voll und suchte sich einen anderen Job. Außer Spesen nix gewesen?

Nein, das Institut kann sich nicht um die Bezahlung drücken. Julia hat bei der Jobberatung des DGB-HIB im u-asta nachgefragt. Demnach muss jeder seine Rechnungen zahlen, auch wenn sie von Studenten kommen. Wichtig ist nur, dass Julia auf ihren Rechnungen ein Zahlungsziel vorgibt – also etwa: „Bitte überweisen sie das Geld innerhalb von 30 Tagen auf mein Konto“. Gibt’s danach immer noch kein Geld, hätte Julia ein freundliches Erinnerungsschreiben schicken können mit der Bitte, innerhalb der nächsten zwei Wochen zu bezahlen. Doch seit Mai 2000 gerät der Schuldner bereits nach 30 Tagen in Verzug. Auch Mahnungen sind nicht mehr nötig, um sein Geld einzutreiben. Julia kann sogar Verzugszinsen einfordern. Beim Amtsgericht muss Julia auf alle Fälle ein Mahnverfahren einleiten. Das Institut bekommt dann vom Gericht einen Mahnbescheid. Zahlt der Auftraggeber dann immer noch nicht, muss Julia einen Vollstreckungsbescheid beantragen. Dann klopft der Gerichtsvollzieher beim Institut an.

Daniele Frijia, HIB Freiburg

neues vom ak datenschutz

studienbescheinigungen

Wusstet ihr, dass die Studienbescheinigungen, die ihr euch mit eurer Unicard ausdrucken könnt, Dokumente sind, mit denen ihr sorgfältig umgehen müsst? Das bedeutet, dass ihr nichtverwendete Bescheinigungen nach einem Fachwechsel oder nachträglichen Exmatrikulation im Studierendensekretariat zurückgeben müsst. Habt ihr sie nicht mehr, dann müsst ihr schriftlich erklären, dass ihr mit den noch vorhandenen Bescheinigungen keinen Unfug mehr anstellt.

Was das ganze mit Datenschutz zu tun hat? Alle MitarbeiterInnen des Studierendensekretariats können sehen, wann, wo und wie viele Studienbescheinigungen ihr ausgedruckt habt. Wir finden, dass das ein ganz schöner Hammer ist und arbeiten an einer alternativen Lösung.

ssl-zertifikate

Auf Grund der Arbeit des AK Datenschutz werden nach und nach wichtige (zentrale) Webdienste, die mit SSL arbeiten mit einem Zertifikat ausgestattet, die der Browser kennt. Dadurch werden Meldungen, wie „der Webserver ist nicht vertrauenswürdig“ unterbunden. Faktisch ist es so, dass es dann fast unmöglich ist Daten zwischen dem Webserver und dem Browser abzufangen. Als erster Dienst wurde „My-Account“ mit einem solchen Zertifikat ausgestattet.

Daniele Frijia,
AK Datenschutz

propaganda spam

In einer E-Mail, die an ziemlich viele Studierende in Baden-Württemberg ging, hat Wissenschaftsminister Frankenberg weitere Studiengebührenpropaganda verteilt. Nicht nur, dass die landes- und bundesweite Diskussion, die zu diesem Thema statt gefunden hat, in diesem Brief unerwähnt blieb. Nein, Minister Frankenberg nutzt darüber hinaus seine Macht als Wissenschaftsminister aus, um seine übliche Begrün-

nicht nur die solltet ihr nicht verlegen

dungsrhetorik für Studiengebühren zu verteilen.

Es handelt sich hier also keinenfalls um eine reine Information, dass Studiengebühren kommen, sondern um eine darüber hinausgehende Informationskampagne, die versucht die Gemüter zu beruhigen. Gerade vor den Landtagswahlen ist das nicht ganz unproblematisch. Es gibt bessere Mittel und Wege die Studierenden sachlich darüber aufzuklären, diese wären z.B. ein Hinweis auf den Rückmeldebögen zu einer Webseite, die nicht so tendenziös ist wie www.studiengebuehren-bw.de. Tendenzfreie Infos über Studiengebühren (wie sie unsere KritikerInnen doch immer fordern!) sind das eine, aber tendenziöse Briefe des Wissenschaftsminister etwas anderes.

Es stellt sich die Frage, ob es überhaupt in Ordnung geht, tendenziöse Informationen des Ministers über Studiengebühren an alle Studierende weiterzuleiten, wie es die meisten Rechenzentren und Studierendensekretariate getan haben. Die Pappnasen vom RZ der Uni Karlsruhe (TH) begründen den Schritt des Weiterleitens damit, dass das Wissenschaftsministerium die Gelder zur Verfügung stellt, als dürfe es auch darüber verfügen, dass die E-Mail weitergeleitet wird.

Auf welcher Grundlage die E-Mail in Freiburg weitergeleitet wurde, ist nicht ersichtlich. In der der Verwaltungs- und Benutzungsordnung der Uni Freiburg gibt es keinen Hinweis, dass Ministerium-Spam an die Studierenden ausgeliefert werden muss. Das Rechenzentrum als Handlanger des Ministeriums? In Freiburg hat das Studierendensekretariat das Verteilen organisiert. Perspektisch könnten wir vielleicht als Studierendenvertretung ebenfalls diesen E-Mailkanal nutzen, um effektiv über unsere Anliegen zu informieren …

Wenn ihr diese E-Mail ebenfalls erhalten habt und ihr damit nicht einverstanden seid, sagt beschwert euch direkt beim Rektor. Die E-Mailadresse ist:
rektor@uni-freiburg.de

Den Ministerbrief gibt es unter http://www.u-asta.uni-freiburg.de/politik/studigebuehren/Ministerbrief.pdf

Daniele Frijia,
Hochschulinformationsbüro Freiburg

die verschickung an der uni freiburg

An der Uni Freiburg ging die E-Mail an all diejenigen, die eine E-Mailadresse der Uni Freiburg (planetenname.uni-freiburg.de), ihre E-Mailadresse im „myAccount“ oder Unicard-Terminal angegeben haben. Erreicht wurden ca. zwei Drittel aller Studis. Das restliche Drittel ist nach Aussagen des Rektorats „nicht verlässlich“ zu erreichen.

Das Ministerium hat den RektorInnen Ende letzten Jahres diesen Brief zugeschickt und sie gebeten ihn ab dem 9. Januar zu verschicken. Das Studierendensekretariat hat dies dann am 19 Januar gemacht.

rumble in the banlieu

Wochenlang gab es einen Skandal: In Frankreichs Vorstädten gab es Randale. Eine Diskussion schloß sich an: „Wurde der Nachwuchs vom Staat im Stich gelassen? Wird die Ordnung wieder hergestellt? Kann so etwas in Deutschland passieren? Heute ist es still geworden um die Vorstädte in Frankreich. Merkwürdig, denn es gibt Grund genug sich mal der Frage zu widmen, was da eigentlich los war und heute los ist. Perspektivlos – das ist das einhellige öffentliche Urteil über die Lage der Jugendlichen in den „banlieus“. Was heißt das eigentlich? Und warum stehen die Einwohner dieser „Problemviertel“ eigentlich so schlecht da?

Die Perspektive die für solche Menschen normalerweise vorgesehen ist, ist die einer Anwendung ihrer Arbeitskraft für den Gewinn von Unternehmen. Die Notwendigkeit, jemanden zu finden, der ihnen einen Lohn zahlt, haben sie zunächst einmal mit allen anderen auf diese Einkommensquelle verwiesenen gemeinsam. Nur unter der Voraussetzung, dass ihre Arbeit zur Vermehrung des Eigentums anderer tauglich ist, kommen sie überhaupt in den Genuss ihren Lebensunterhalt nach den Vorgaben des Kapitals verdienen zu dürfen.

Gemessen an dessen Bedarf an menschlichem Inventar ist jedoch ein erheblicher Teil der Bevölkerung heute schlicht zuviel; und das nicht nur angesichts der aktuellen Konjunkturlage, sondern überhaupt. Solche Leute sind die Opfer früherer und aktuell stattfindender Rationalisierungsmaßnahmen in den Unternehmen. Sie wurden darüber hinaus perspektivlos gemacht und sind durch die staatliche Gewalt auf das Aushalten solch elender Zustände verpflichtet. In Frankreich genauso wie hierzulande kommt es schließlich auf die Produktion kapitalistischen Reichtums an, bei der im Gegenzug jede Menge Armut für die auf Arbeit angewiesenen Menschen vorgesehen ist.Das Kapital sortiert sie nach seinem Interesse. Das betrifft insbesondere und in zunehmendem Ausmaß die aus den ehemaligen französischen Kolonien und Protektoraten stammenden Immigranten, sowie deren Nachwuchs. Sie wurden nämlich aus den „überflüssigen“ Regionen der Welt zum Ausüben von „Billigjobs“ in das Land geholt. Der französische Staat sieht sich mit diesen Ergebnissen, einer von ihm als Gewaltmonopolist in Kraft gesetzten Eigentumsordnung, konfrontiert und bezieht Stellung: Wer auf lange Sicht als derart unnütz für ein lohnendes Geschäft befunden wird, dessen Bürgerpflicht besteht darin, anständig mit dem ihm zugemuteten Elend umzugehen, d.h. dass die Paupers in Achtung vor dem Gesetz in ihrem Elend heimisch werden müssen. Ein wenig Sozialhilfe und die Unterbringung in den schäbigen Vorstadtsiedlungen verhelfen zudem noch zu einer Karriere nach unten. Damit die Ärmsten unter den Armen soviel Anstand auch aufbringen und keine kriminellen Bahnen einschlagen, wird ihnen entsprechend viel polizeiliche Aufmerksamkeit zuteil. Wo die verlangte Unterordnung trotzdem ausbleibt, werden im Gegenzug diejenigen, deren Beitrag zum nationalen Wachstum gegen Null ausfällt, ordentlich drangsaliert. Zum Einsatz kommen hier also die Mittel einer ordnungsstiftenden Gewalt, die dem überflüssigen, teils sogar kriminellen Nachwuchs die Unterordnung vor der gesetzgebenden Gewalt beibringen will.

Die betroffenen Jugendlichen, die vor allem dieser verschärften polizeilichen Überwachung ausgesetzt sind, fühlen sich deswegen ausgegrenzt und wollen sich solch eine Behandlung durch den Staat und dessen ausführende Organe nicht länger gefallen lassen: „Die gehen nur nach dem Aussehen und beschimpfen dich. Selbst wenn du dich ausweisen kannst, schlagen sie dir den Ausweis aus der Hand und drücken dich mit dem Gesicht gegen die Wand. Dann ziehen sie dich fast aus und greifen dir in den Intimbereich, um nach Drogen zu suchen.“ (SZ, 10.11.05)

Trotz ausgewiesener Zugehörigkeit zum Gemeinwesen werden sie verfolgt. Das trifft sie in ihrer staatsbürgerlichen Ehre und sie nehmen den Tod zweier von der Polizei verfolgter Jugendlicher zum Anlass dieser Empörung freien Lauf zu lassen: Es folgen gegen die Staatsgewalt gerichtete Randale, bei denen politische Ziele, oder gar eine Forderung nach materieller Besserstellung nicht zu erkennen sind.

Die Reaktion des Staates lässt nicht lange auf sich warten und fällt radikal aus: Es handelt sich um einen schweren Fall bei dem der Respekt vor seiner Ordnung ausbleibt und wieder hergestellt gehört. Folglich werden die Aufmüpfigen zunächst einmal so lange geknüppelt und weggesperrt bis ihnen die Lust am Krawalle machen vergeht und sie vor der überlegenen Gewalt klein bei geben. Angesichts der Vorfälle, darin sind sich alle Meinungs- als auch die wahren Macher in Frankreich wie auch hierzulande einig, muss, nachdem Recht und Ordnung wieder hergestellt sind, jedoch auch eine weitere Frage angegangen werden: Diese Frage verrät angeblich den schlauen Kopf, der, im Gegensatz zu solch eindimensional gestrickten Menschen wie M. Sarkozy, den Sachverhalt zu problematisieren und zu differenzieren weiß. Sie sucht die Schuld nicht allein bei den Jugendlichen, die es an Respekt vor Recht und Ordnung missen lassen, sondern auch im Felde mangelnder sozialpolitischer Betreuungs- und Fördermaßnahmen für den potentiell aufwieglerischen Teil des Subproletariats.

Diese (selbst-)kritische Sichtweise ergießt sich regierungsintern in Vorschlägen, das Arsenal der polizeilichen Verfolgung und Schikane, um ein paar integrative Maßnahmen und den Einsatz von mehr Sozialarbeitern in den Problembezirken zu ergänzen. Diese sind weder dazu einberufen, die materiellen Nöte der potentiellen Vandalen zu lindern, noch die Gründe für deren Armut aus der Welt zu schaffen. Mit ihren im Vergleich zur Knüppelei geradezu menschenfreundlich anmutenden Methoden sollen sie beim menschlichen Ausschuss der kapitalistischen Produktionsweise den Respekt vor der eingerichteten Ordnung darüber herstellen, dass sie den Jungs deren gesetzestreues Abfinden mit ihrer Armut wieder als Perspektive verkaufen: Ein wenig Kicken unter Aufsicht oder die Überlegung einen Zivildienst einzuführen, bringen zwar weder kurz- noch langfristig eine materielle Besserstellung, wenn das Vorhaben jedoch gelingt, immerhin eins: Perspektive.

So handhabt der Staat sein Ordnungsproblem funktional: gewaltsam und erzieherisch. Mit dem Ergebnis, dass die Öffentlichkeit aufatmen kann: Endlich können die Jugendlichen sich sorgsam betreut wieder in ihrem kapitalistischen Elend einhausen und Normalität kann einkehren…

Das Referat Ideologiekritik

der vorstand packt aus

Nach längerer Zeit habt ihr nun endlich mal wieder die Möglichkeit, in einem „we are u“-Artikel zu erfahren, was euer Vorstand gerade so treibt.

Anfangen möchten wir mit der von der Landes-Asten-Konferenz (LAK) geplanten und zusammen mit dem „freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften“ (fzs) und dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) durchgeführten Wahlkampf-Buskampagne im Vorfeld der Landtagswahlen am 26. März. Mit dieser landesweiten Kampagne wollen wir erreichen, dass Themen wie Studiengebühren/Hochschulfinanzierung, Schulbildung und Verfasste Studierendenschaft – kurz: Bildungspolitik – einen höheren Stellenwert in den (Wahlkampf-)Programmen der Parteien erhalten. Vorbild dieser Aktion in Baden-Württemberg ist eine durchaus medienwirksame Kampagne, die Studierende aus ganz Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 2005 ebenfalls im Vorfeld der dortigen Landtagswahlen durchgeführt haben. Verbunden mit einer guten Öffentlichkeitsarbeit und kreativen Aktionen hatte diese Kampagne einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Wahlkampfthemen der Parteien.

Die so genannte „www.bildungs-bus.de“-Kampagne mit dem Motto „Wir können alles. Außer Bildungspolitik“ beruht auf drei inhaltlichen Themen, welche in die öffentliche Debatte eingebracht werden sollen: Studiengebühren (als medienwirksamer Aufhänger), Verfasste Studierendenschaft (um längerfristig unsere Arbeit auf eine solidere Grundlage zu stellen) und das allgemeinere Thema Bildungspolitik, welches den kompletten Bildungsweg beinhaltet und sich u.a. mit Kindergartengebühren, Büchergeld und dem achtjährigen Gymnasium auseinandersetzt. Zwischen dem 5. und 26. März wird deshalb ein von der LAK gekaufter oder gemieteter Bus durch ganz Baden-Württemberg touren und die größeren Wahlkampfveranstaltungen der großen Parteien besuchen, aber auch – je nach Zeitaufwand – für kleinere Aktionen und Infostände zur Verfügung stehen. PolitikerInnen aller Parteien sollen so während dem Wahlkampf dazu gebracht werden, klare Stellungnahmen zu den drei genannten Themen zu geben, die wir dann mit unseren Positionen und Forderungen vergleichen werden. Darüber hinaus wollen wir es schaffen, in der Öffentlichkeit ein größeres Bewusstsein für die gesellschaftlichen Auswirkungen von Studiengebühren – insbesondere auch außerhalb studentischer Kreise – zu schaffen. Unsere Ablehnung sämtlicher Formen von Studiengebühren, wie sie (nicht nur) von der schwarz-gelben Landesregierung befürwortet werden, sollen verdeutlicht, die Probleme der nicht-verfassten Studierendenvertretungen sowie die Probleme der momentanen (schwarz-gelben) Bildungspolitik aufgezeigt werden. Leider beschränkt sich die Mitarbeit der Hochschulen nur auf einige wenige (u.a. Konstanz und Heidelberg), so dass hier in Freiburg sehr viel Zeit und Arbeit in die Kampagne investiert werden müssen.

Nichtsdestotrotz haben wir noch ein paar freie Kapazitäten, um uns für andere Anliegen der Studierenden einzusetzen. So wurde in der vorletzten Sitzung des Senats eine neue Kommission eingerichtet, die sich mit dem Thema „Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement“ beschäftigen wird. Hier geht es vor allem darum, die Institutionen und Einrichtungen der Universität dahingehend zu untersuchen, inwieweit ein System der Qualitätssicherung und des Qualitätsmanagements bereits vorhanden ist oder erst noch eingerichtet werden muss. Im Bereich der Lehre spielt dabei insbesondere die Evaluation eine entscheidende Rolle. Wir sind gerade dabei, uns von allen Fachschaften die jeweiligen Evaluationsbögen zu beschaffen und diese nach ihrer Einbindung in die Evaluation zu befragen. Es ist uns ein großes Anliegen, in dieser Kommission die Meinung der Studierenden über die Zustände in ihrem jeweiligen Fachbereich einzubringen und auch dafür zu sorgen, dass wir als größte Gruppe an der Universität Gehör für unsere (Verbesserungs-)Vorschläge und Forderungen finden.

Eine weitere neu eingerichtete Kommission wird sich mit dem großen Themenkomplex „Studium und Lehre“ beschäftigen. Anders als in den anderen Senatskommissionen haben wir in dieser mit vier studentischen genauso viele VertreterInnen wie die ProfessorInnen. Da diese VertreterInnen aus allen vier großen Fachbereichen kommen, ist eine Vertretung aller Studierenden in so wichtigen Punkten wie Beratung, Harmonisierung bzw. Einrichtung von Satzungen, insbesondere für die Eignungsfeststellung, Zulassung, Immatrikulation, Beurlaubung und Exmatrikulation von Studierenden möglich. Darüber hinaus wird sich diese Kommission mit der Beratung im Zusammenhang mit der Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen und mit der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen und den damit verbundenen Rahmenordnungen, den Übergangsquoten vom Bachelor zum Master usw. beschäftigen. Diese Kommission wird eine der wichtigsten sein, in der wir Studierende bis dato mitgearbeitet haben, und wir werden gemeinsam mit den Fachschaften und anderen Interessierten alles dafür tun, die Möglichkeiten, die diese Kommission uns bietet, sinnvoll zu nutzen.

Weitere Arbeitsschwerpunkte des Vorstands in den letzten Wochen waren außerdem die Teilnahme an einem Vernetzungstreffen in Hamburg, eine Podiumsdiskussion mit Ute Vogt (SPD) im Jazzhaus (siehe Artikel auf S. 4), die Teilnahme an der Vertreterversammlung des Studentenwerks, auf der drei studentische Vertreter der Universität in den Verwaltungsrat des Studentenwerks gewählt wurden, die Ausarbeitung eines Fachschaftsfragebogens, die Vorbereitungen zum Jubiläum 2007, die Teilnahme an einer Sitzung des Projektbeirats zum Umbau des Platzes der Alten Synagoge/Werder-/Rotteck-/Friedrichring und noch so einiges anderes. Mehr dazu in den u-asta-infos nach den Ferien.

Wir wünschen euch allen keinen allzu großen Prüfungsstress, eine schöne und erholsame vorlesungsfreie Zeit und einen guten Start ins neue Semester (das vorletzte ohne Studiengebühren!).

Anna Bauß, Lukas Schäfer und Felix Wittenzellner

[Anna, Lukas und Felix sind dieses Jahr euer u-Vorstand und werden euch in Zukunft regelmäßig über ihre Arbeit informieren.]

service & termine – ansprechpartner

Vorstand/Sekretariat/Referate/AKs sind c/o AStA (Studierendenhaus), Belfortstr. 24, 79085 Freiburg zu erreichen.
Weitere Informationen (z.B. aktuelle Termine) gibt's unter **www.u-asta.de**

sekretariat/u-asta-service *(Telefon 203-2032, Fax -2034)* – www.u-asta.de/service

sekretariat/u-asta-service: *(info@u-asta.de)* Wochentäglich 11 - 14 Uhr
Sarah Schwarzkopf, Jochen Mehre von 20.2. bis 21.4.nur Di, Mi 13 - 16 Uhr
Hier kann mensch sich zur Rechtsberatung anmelden und erhält auch so manchen Tipp. Außerdem kann mensch so einiges erstehen (z.B.: Schwimmbadkarten, ISICs, Büromaterial, Fair-trade-Kaffee …)

beratungen *(Die Beratungen sind für Studierende kostenlos!)* – www.u-asta.de/service/beratungen

Job-, Arbeitsrechts- und Praktikumsberatung: *(hib@u-asta.de)* Mo 12 - 14 Uhr
Daniele Frijia
BAföG-Beratung: *(bafoeg-beratung@u-asta.de)* jeden 1. und 3. Do 9 - 11Uhr
Anka Schnoor und Alexander Janke
AStA-Rechtsberatung: Ferientermine im Kalender beachten!
in der jeweiligen Woche im Sekretariat anmelden!

konferenzen *(Hieran kann jedeR Studierende teilnehmen und ist antrags- und redeberechtigt!)* – www.u-asta.de/struktur

konf (u-asta-Konferenz): *(vorstand@u-asta.de)* Ferientermine im Kalender beachten!
Hieran nehmen Vorstand und ReferentInnen teil. Regelmäßiger Termin steht noch nicht fest.
FSK (Fachschaftskonferenz): *(fsk@u-asta.de)* Ferientermine im Kalender beachten!
Höchstes beschlussfassendes Gremium zwischen den Vollversammlungen. Hier entscheiden die Fachschaften über die Arbeit der Unabhängigen Studierendenschaft.

vorstand *(Telefon 203-2033, Fax -2034)* – www.u-asta.de/struktur/vorstand

Vorstand: Anna Bauß, Lukas Schäfer, Felix Wittenzellner; *vorstand@u-asta.de*

referate *(JedeR Studierende ist aufgerufen, sich in den Referaten zu beteiligen!)* – www.u-asta.de/engagement/referate

Finanz-Referat: Sarah Schwarzkopf; *finanzen@u-asta.de*
FSK-Referat: Georg v. Bodelschwingh, Michael Daub**;** *fsk@u-asta.de*
Kultur-Referat: Rebecca Esenwein; *kultur@u-asta.de* ..... Mi, 11 Uhr
Ideologiekritik: Jan Sailer; *ideologiekritik@u-asta.de* ..... Mo, 19.30 Uhr, im Geier, Belfortstr. 38
Presse-Referat (u-asta-info): Hermann J. Schmeh; *presse@u-asta.de* ..... Do, 13 Uhr
PR-Referat: Benjamin Greschbach; *pr@u-asta.de* ..... Di , 20.30 Uhr
Queer-feministisches Frauen-Referat (qffr): Katharina Eichler; *qffr@u-asta.de* ..... Do, 11 Uhr
Schwule/Lesben/Bisexuelle-Referat (Schwulesbi): Frank Haase; *schwulesbi@u-asta.de* ..... Mo, 19 Uhr
Studieren ohne Hürden (SOH): *soh@u-asta.de* ..... Fr, 15 Uhr
Alle Referatstreffen – sofern nicht anders angegeben – auf'm AStA, Belfortstr. 24.

Zur Zeit nicht besetzt:
HochschulPolitik (HoPo-Referat)
Internationales Referat
Umwelt-Referat
Sozial-Referat

weitere ansprechpartner

SWFR: MensaBar / Mensa Rempartstraße: www.mensabar.de

warum geschlechtsneutral?

Der u-asta tritt ausdrücklich für die konsequente Verwendung ge-schlechtsneutraler Formulierungen ein (z.B. das „große I"). Wir sehen dies als unverzichtbares, wenn auch nicht hinreichendes Mittel, um die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gesellschaft zu erreichen. AutorInnen, die von einer entsprechenden Schreibweise abweichen, sind dafür ausschließlich selbst verantwortlich.

service & termine

›Verweise s. S. 11 und www.u-asta.de

montag, 13. februar 2006

12 Uhr: Jobberatung (AStA) *›beratungen*
18 Uhr: Treffen des AK Datenschutz *›u-asta.de/engagement/aks*

dienstag, 14. februar 2006

14 Uhr: Rechtsberatung (AStA) *›beratungen*
18 Uhr: FSK (AStA) *›konferenzen*
20. 30 Uhr: live.poetry (MensaBar)
Impro-Dichter lassen Texte live entstehen *›weitere ›SWFR*

mittwoch, 15. februar 2006

18 Uhr: konf (AStA) *›konferenzen*
20.30 Uhr: Schroeders Blaue Couch (MensaBar)
Campus-Talkshow. Zu Gast: „Hygiene-Papst“ Prof. Dr. Franz Daschner und die Macher des „Wahl-o-Mat“ *›weitere ›SWFR*

donnerstag, 16. februar 2006

9 Uhr: BAföG-Beratung (AStA) *›beratungen*

freitag, 17. februar 2006

19 Uhr: Filmvorführung: „Victor/Victoria“ (AStA)
Ein alternder Homosexueller überredet eine erfolglose Sopranistin, sich als Mann auszugeben, der vorgibt, eine Frau zu sein. Ein gendersensibler, humorvoller Film von Blake Edwards (1982) *›referate ›qffr*

montag, 20. februar 2006

12 Uhr: Jobberatung (AStA) *›beratungen*

montag, 27. februar 2006

12 Uhr: Jobberatung (AStA) *›beratungen*

mittwoch, 1. märz 2006

18 Uhr: konf (AStA) *›konferenzen*
20 Uhr: Fußball-Länderspiel (MensaBar)
Italien – Deutschland

donnerstag, 2. märz 2006

9 Uhr: BAföG-Beratung (AStA) *›beratungen*

montag, 6. märz 2006

12 Uhr: Jobberatung (AStA) *›beratungen*

montag, 13. märz 2006

12 Uhr: Jobberatung (AStA) *›beratungen*

mittwoch, 15. märz 2006

18 Uhr: konf (AStA) *›konferenzen*

donnerstag, 16. märz 2006

9 Uhr: BAföG-Beratung (AStA) *›beratungen*

montag, 13. märz 2006

12 Uhr: Jobberatung (AStA) *›beratungen*

mittwoch, 15. märz 2006

18 Uhr: konf (AStA) *›konferenzen*
20 Uhr: Vortrag & Diskussion: „Fußball und Nationalismus – Die Klinsmanndeutschen“ (KTS Freiburg)
Was der neue Fußball-Bundestrainer mit den Berliner „Stelenspringern“ gemein hat und warum auch viele Linke ihre Nationalmannschaft wieder mögen

donnerstag, 16. märz 2006

9 Uhr: BAföG-Beratung (AStA) *›beratungen*

montag, 20. märz 2006

12 Uhr: Jobberatung (AStA) *›beratungen*

montag, 27. märz 2006

12 Uhr: Jobberatung (AStA) *›beratungen*

mittwoch, 29. märz 2006

18 Uhr: konf (AStA) *›konferenzen*

Alle Termine ab April findet ihr dann aktuell auf der Homepage, aber eines ist jetzt schon sicher:

donnerstag, 10. mai 2006

Das neue u-asta-info erscheint!

impressum

u-asta-info # 750, 32. jg., 9.2.2006
12 seiten, auflage: 1.100 stück
druck: druckwerkstatt im grün

redaktion und layout: hermann j. schmeh (v.i.s.d.p.), hannes hansen-magnusson, georg wolf, jonatan cohen, dorothee lürbke, arne scheffler

v.i.s.d.p. für „we are u“: felix wittenzellner, c/o asta

kontakt: u-asta-info, c/o asta, belfortstr. 24, 79085 freiburg; fon (0761) 203-2035; fax (0761) 203-2034; presse@u-asta.de oder in der redaktionssitzung, jeden donnerstag um 13 Uhr, asta.

Fotos von Schavan (2): Robin Gommel

Fotos von Vogt (2): Nathalie Becker

das u-asta-info ist das offizielle organ des unabhängigen allgemeinen studierenden-ausschusses (u-asta) der uni freiburg. namentlich gekennzeichnete beiträge geben nicht unbedingt die meinung der redaktion/des u-asta wieder. die redaktion behält sich bei allen manuskripten das kürzen und den zeitpunkt der veröffentlichung vor.

das u-asta-info erscheint im semester 14-tägig donnerstags, mit extra-ausgaben zu semesterbeginn und zu den uniwahlen. das pressestatut kann eingesehen werden auf www.u-asta.de/engagement/referate/presse